

BILDUNGSPOLITIK

Megathema Bildung kleingeschrieben

Bildungsrepublik, Bildungsbericht, Bildungsausgaben ...

Zum Frühsommer 2010 erschien der neue Bildungsbericht, die dritte umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens, in der auch die Erwachsenenbildung thematisiert wird. Fast zeitgleich fand der dritte Bildungsgipfel der Bundesregierung statt, auf dem es wieder Streit über die Finanzierungsfragen gab, während die Ausgaben für Bildung auch andernorts ins Visier gerieten – bei Bildungspolitikern wie Bildungsforschern. Festzuhalten ist, dass das Megathema offiziell angesagt bleibt, aber, was die praktischen Konsequenzen betrifft, zur Zeit nicht großgeschrieben wird. Hier ein Rundblick im bildungspolitischen Gelände.

Bildungsrepublik in der Krise

Bildungsgipfel gescheitert, so lautete das verbreitete Urteil nicht nur der parlamentarischen Opposition über die Gipfelveranstaltung, zu der die Bundeskanzlerin am 10. Juni – zum dritten Mal nach dem Dresdener Start vom Oktober 2008 und einer pflichtgemäßen Folgeveranstaltung im Dezember 2009 – nach Berlin geladen hatte. Das Treffen von Landes- und Bundespolitikern hat jedenfalls keine Klarheit gebracht, wie das hehre Ziel des ersten Gipfels, die Aufwendungen für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben, eingelöst werden soll. Dominiert wurde die Berliner Konsultation von dem alten bildungspolitischen Reizthema, das seit der Föderalismusreform, die eigentlich für eine verträgliche Lösung sorgen sollte, nichts an Brisanz verloren hat: vom Streit über die Bund-Länder-Kompetenz in Bildungsdingen.

Verbindliches ergab der Gipfel jedenfalls nicht, resümierte fast einhellig die Presse. Die Länder verlangten mehr Geld aus dem Mehrwertsteueraufkommen, die Kanzlerin gab nicht nach: »Ich habe deutlich gemacht, dass der Bund dies bis 2013 nicht machen wird« (nach: Spiegel Online). Vorausgegangen war dem ein Streit unter den Bundesländern, die sich dann aber auf eine gemeinsame Position – gegen den Bund – einigten. Aus dem Teilnehmendenkreis hieß es, die Unionsseite hätte das Zehn-Prozent-Ziel angesichts der tief greifenden Wirtschaftskrise am liebsten vertagt, »bis spätestens 2018« habe die Kompromissformel gelautet. Die SPD-Länder wollten dagegen an der Jahreszahl 2015 festhalten – allerdings mit dem Junktum, dass der Bund den Ländern bis dahin mehr Geld zur Verfügung stellt.

Würde das Zehn-Prozent-Ziel von Dresden auf der Basis der damaligen BIP-Daten umgesetzt, dann müssten Staat und Wirtschaft ab 2015 jährlich rund 41 Milliarden Euro mehr für

Bildung und Forschung ausgeben und nicht 13 Milliarden, womit die Regierung derzeit kalkuliert. Das hat der Bildungsforscher Klaus Klemm berechnet, der im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ein Gutachten vorlegte. Darin untersucht er, ob und inwieweit die in Dresden 2008 ausgegebenen Ziele bis heute umgesetzt sind. Seine Bilanz fällt ernüchternd aus: Bei der frühkindlichen Förderung, bei der Senkung der Zahl junger Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss seien die Fortschritte »kaum messbar«, die beschworene Weiterbildungsoffensive sei angesichts der bestehenden Datenlage »nicht nachweisbar« (Junge Welt, 10.06.2010).

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock, die inzwischen zur Präsidentin der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben gewählt wurde, kommentierte: »Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana.« Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Ulrich Thöne, kritisierte insbesondere Merkels Sparpaket als »falschen Weg«. »Eine Bildungsoffensive kostet Geld. Dafür muss der Staat die Einnahmeseite verbessern«, so Thöne. Er forderte ein Umsteuern in der Steuerpolitik: »Unternehmen, Banken und Reiche sind in der Pflicht.« Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) dagegen machte die Länder für das Scheitern des Bildungsgipfels verant-

AKSB-Jahrestagung: Kompass in der Klimakrise

»Kompass in der Klimakrise. Umweltpolitik und Klimawandel als Themen politischer Bildung« lautet das Motto der AKSJ-Jahrestagung, die vom 22. bis 23. November in der Akademie Franz Hitzig Haus in Münster stattfindet. Vertreter aus Wissenschaft, Kirche, Politik und Wirtschaft werden mit den Teilnehmenden die Frage diskutieren, welche Rolle Umweltpolitik und Klimawandel in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung spielen können und müssen. Die Themen sind aktuell: So haben z.B. die Vereinten Nationen die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung erklärt. Die Tagung will sich aus der Sicht der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung mit dem Themenfeld beschäftigen. Ausgangspunkt sollen die gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurse und die sozial-ethischen Grundlagen bilden. Als Referenten sind u.a.: Prof. Dr. Georg Simonis, Prof. DDr. Johannes Wallacher, Peter Unfried, Christoph Bals (Germanwatch), Thomas Kamp-Deister (Projektleiter), Dr. Bernd Bornhorst, Misereor, Dr.-Ing. E.h. Fritz Brickwedde (Deutsche Bundesstiftung Umwelt). Weitere Informationen www.aksb.de.

wortlich und schloss erneut Steuererhöhungen aus.

Als Fortschritt festzuhalten ist, dass die Bundesregierung Bildung und Forschung aus der angekündigten Sparpolitik ausgeschlossen hat. Dem steht aber die Tatsache gegenüber, dass einzelne Länder bereits mit einschlägigen Sparmaßnahmen begonnen und weitere angekündigt haben. Und die vorgesehenen Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit werden sich ebenfalls als Abbau im Weiterbildungsbereich auswirken. Hinzu kommt, dass die Bildungsausgaben mittlerweile rechnerisch geschont werden, was auch zum Streit auf dem Bildungsgipfel führte. Diese Praxis findet man nicht nur auf der Landesebene, sondern auch, wie dpa meldete, beim Bund. So »entdeckte« der Bundesfinanzminister jetzt Bildungsausgaben, die zuvor nie im Etat als solche ausgewiesen waren, etwa rund 800 Millionen an Steuervergünstigungen für absetzbare Weiterbildungskosten oder für die reduzierte Mehrwertsteuer bei Büchern.

Neu auf der Bildungsausgabenseite verbucht wurden auch BAföG- und Bildungskredite der staatlichen KfW-Bankengruppe oder die Kindergeldzahlungen an volljährige Auszubildende und Studenten. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses des Deutschen Bundestags, Ulla Burchardt (SPD), zeigte sich empört über die »Rechentricks« der Finanzminister. »Noch ein bis zwei weitere Bildungsgipfel – und Schulen und Hochschulen müssen gar noch Geld an die Finanzminister zurückzahlen, weil das Zehn-Prozent-Ziel statistisch bereits übererfüllt ist«, merkte die Parlamentarierin an. Bleibt allerdings zu ergänzen, dass solche Methoden der kreativen Buchführung nicht nur in unionsgeführten Bundesländern vorkommen.

Europäische Ziele

Am 17. Juni 2010 hat sich die EU auf ihre neue Wachstumsstrategie »Europa 2020« geeinigt. Sie enthält fünf Kernziele, die alle Mitgliedstaaten in den nächsten zehn Jahren erreichen

sollen und die als entscheidend für die Wirtschaftsentwicklung der EU gelten. Dabei geht es um eine Beschäftigungsquote, um die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für erneuerbare Energien und Umweltschutz, um Bildungsziele und um Vorgaben für die Armutsbekämpfung. Was die Bildungsziele betrifft, soll die Zahl der Schulabbrecher in den nächsten zehn Jahren auf weniger als 10 Prozent gesenkt und die der Universitätsabsolventen (plus vergleichbarer Abschlüsse) pro Jahrgang auf 40 Prozent erhöht werden. Diese Zielsetzung steht aber unter nationalem Vorbehalt, da in Deutschland solche Entscheidungen die Länderkompetenz berühren.

Berichterstattung

Kurz nach dem Bildungsgipfel erschien der Bericht »Bildung in Deutschland 2010«. Eine unabhängige Wissenschaftlergruppe unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) hat diese dritte umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erstellt. Der Bericht analysiert das gesamte institutionelle Gefüge des Bildungssystems von der fröheren Bildung über das allgemeinbildende Schulwesen, die berufliche Ausbildung und die Hochschulbildung bis zur Weiterbildung. Schwerpunkt des neuen Berichts ist der demografische Wandel.

»Der Bildungsbericht lässt positive Entwicklungen im Bildungsbereich erkennen. So gibt es zum Beispiel mehr Krippenplätze, und die Zahl der Studienanfänger sowie der Hochschulabsolventen steigt«, erläutert Professor Horst Weishaupt vom DIPF, unter dessen Leitung der Bildungsbericht erstellt wurde (Pressemeldung des DIPF vom 17.06.2010). Dennoch gebe es fortbestehende Herausforderungen. So zeige der Bericht etwa, dass der Bildungserfolg nach wie vor eng mit der sozialen Herkunft, dem Migrationshintergrund und dem Geschlecht verbunden sei. Der demografische Wandel führt, so

die gegenwärtigen Berechnungen und Schätzungen, zum Rückgang der Zahl der Bildungsteilnehmenden. Das eröffnet Handlungsspielräume, die benötigt würden, um Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung für bisher im Bildungswesen Benachteiligte zu finanzieren, erklärt der Bildungsforscher weiter: »Der demografische Wandel macht aber auch neue Anstrengungen zum Beispiel im Bereich Weiterbildung erforderlich.«

Eine wichtige Botschaft des Berichtes an die Bildungspolitik besteht laut Autorengruppe darin, dass die Entwicklungen im Bildungswesen es erforderlich machen, die finanziellen Mittel mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten und für neue Aufgaben zusätzliche Mittel bereitzustellen. Die Bildungsausgaben, deren Anteil am BIP bis 2007 rückläufig war, stiegen 2008 wieder auf 6,2 Prozent. Diese Zahl liege aber sowohl unter dem Durchschnitt der OECD-Länder als auch unter der selbst gesteckten Zielmarke von 10 Prozent. Neben der Unterfinanzierung zeigte sich auch wieder der Skandal einer systematischen Selektion in Deutschland: »Eines der größten Probleme des Bildungswesens, die Kluft zwischen Bildungsnahen und Bildungsfernen, (ist) nach wie vor ungelöst und könnte sich nach Lage der Dinge künftig sogar noch verschärfen« (FAZ, 18.06.2010). Der Autorengruppe des alle zwei Jahre erscheinenden Bildungsberichts gehören neben dem DIPF das Deutsche Jugendinstitut (DJI), die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder an. Die Federführung soll für die nächsten sechs Jahre am DIPF verbleiben.

Die Buchhandelsausgabe ist im W. Bertelsmann Verlag erschienen: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, »Bildung in Deutschland 2010 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel«, Bielefeld 2010, 337 S., 39,90 €.

Johannes Schillo